

Paul Roth

Muslime in Rußland

Im August 1995 – vor den Wahlen zur russischen Duma – erklärte der Organisator des „Bundes der Muslime Rußlands“, Achmet Chalitow: „Unser Sieg wird so unerwartet sein wie der Erfolg der LDPR (die Partei Schirinowskis) im Jahr 1993.“¹ Hauptaufgabe dieses Bundes, der bereits in 50 Regionen Filialen habe, sei die Vertretung der Interessen der Muslime. Er hat sich geirrt: Es gibt in der Duma keine muslimische Fraktion.

Radio Moskau² berichtete vor der Präsidentenwahl: „Die Konsolidierung auf konfessioneller Grundlage geht weiter, deren Ziel es ist, keine kommunistische Revanche am 16. Juni 1996 zuzulassen. Das ist in erster Linie am Beispiel der großen russischen muslimischen Glaubensgemeinschaft zu spüren, die 15 Millionen Menschen zählt. Den Ton geben dort zwei große muslimische Organisationen an, der Bund der Muslime von Rußland und das Islamische Kulturzentrum. Seit Beginn des letzten Winters leisten sie im Wahlkampf Boris Jelzin reale Unterstützung. Die Muslime von Rußland fühlen sich heute als gleichberechtigte und vollwertige Bürger.“ Leider liegt keine Untersuchung darüber vor, ob oder wie viele Muslime ihre Stimme für Jelzin gegeben haben.

Viele Muslime in Rußland sehen sich noch nicht als gleichberechtigte Bürger an. Wenn sie im politischen Leben eine Rolle spielen wollen, können sie darauf hinweisen, daß in drei Dumen der Zarenzeit die Muslime eine eigene Fraktion hatten, daß es muslimische Parteien gab. Heute ist der Islam die zweitgrößte Religionsgemeinschaft in Rußland; von den rund 149 Millionen Staatsbürgern der Russischen Föderation sind rund 20 Millionen, etwa 13 Prozent, Muslime.

„Kulturislam“ und „Glaubensislam“

Sechs Sowjetrepubliken, die man auf Grund von Kultur und Geschichte als muslimisch bezeichnen kann, sind selbständig geworden. In der riesigen Russischen Föderation leben jedoch Millionen von Muslimen im Nordkaukasus (Tschetschenen, Inguschen, Kabardino-Balkarier, Osseten, Dagestaner) und im Wolgagebiet. Tatarstan ist hierfür nur ein Beispiel.

Wenn von Muslimen in Rußland die Rede ist, so sind damit alle jene gemeint, die sich selber als Angehörige muslimischer Kultur und Tradition betrachten. Dies deckt sich nicht mit der Anzahl jener, die an Allah glauben. In der Fach-

sprache unterscheidet man zwischen „Kulturislam“ und „Glaubensislam“. Die Anzahl der Muslime in Rußland wird fast immer errechnet, indem man die Angehörigen jener Völkerschaften, die einmal muslimisch waren, zusammenzählt. Zumeist wird angegeben, daß es in Rußland 20 Millionen Muslime gibt. Wie viele davon Gläubige sind, ist unbekannt; die Schätzungen bewegen sich zwischen sechs und zwölf Millionen.

Bevor wir einen Rückblick in die Geschichte machen, sollen einige wenige Fakten das Verständnis erleichtern. 1. Der gesamte muslimische Bereich des Zarenreichs und der Sowjetunion ist eine Erbschaft Dschingis-Khans. Es gibt also gemeinsame Wurzeln, die aus einer Zeit stammen, da der Islam noch nicht die verschiedenen Volksstämme religiös zusammenschloß.

2. „Der Islam ist Religion und Staat“, so formulierte es A. D. Khoury³. Der Islam errichtete über seine Rolle als Religion hinaus eine Lebensordnung, ein religiös sanktioniertes Gesetz, um das gesamte Leben der einzelnen, der Familie, der Gemeinschaft und das politische Leben zu regeln.

3. Der Islam ist keine homogene, widerspruchsfreie Gemeinschaft. Auf die Unterscheidung zwischen „Kulturislam“ und „Glaubensislam“ ist bereits hingewiesen worden. Daß es „Sunniten“ und „Schiiten“ gibt, ist zumeist bekannt. Die zahlreichen weiteren muslimischen Gruppierungen geraten jedoch nur selten ins Blickfeld. Hier seien nur die „Ismailiten“ und „Wahabiten“ als Beispiele aufgeführt. Unbekannt ist durchweg, daß es zu Beginn der Sowjetmacht Muslime gab, die mit den Kommunisten zusammen gekämpft haben. In der Zeit der Religionsverfolgung entstand vor allem in den mittelasiatischen Republiken ein „inoffizieller Islam“ (auch als „Schattenislam“ bezeichnet), der nach dem Zerfall der Sowjetunion von Vertretern des „offiziellen Islam“ abgelehnt, ja bekämpft wird.

Die Politik der Zaren und der Islam

Die einfachste – jedoch falsche – Erklärung für die Ablehnung der Fremdherrschaft durch die muslimischen Völkerschaften gibt die alleinige Schuld der Nationalitäten- und Religionspolitik der Sowjets. Die Politik in der Zarenzeit gegenüber den eroberten muslimischen Völkerschaften war nicht einheitlich. Die im 16. Jahrhundert eroberten tatarischen Gebiete in Westsibirien wehrten sich bis zum Ende des 18. Jahrhunderts in ständig wiederkehrenden Aufständen gegen die russische Herrschaft, obwohl sich seit dem 16. Jahrhundert ein Teil des tatarischen Adels taufen und russifizieren ließ.

Bis zum Ende des 18. Jahrhunderts spielte die Russifizierungspolitik in den eroberten Gebieten nur eine untergeordnete Rolle. Sieht man von Bemühungen der Russisch-Orthodoxen Kirche ab, so begnügte man sich mit Bemühungen, die Nichtrussen zu loyalen Untertanen zu machen. Im 19. Jahrhundert folgte die Er-

oberung Mittelasien und des Kaukasus. Der erbitterte Krieg im Nordkaukasus gegen die russischen Truppen wurde vielfach mit religiösen Parolen – als „heiliger Krieg“ – ausgetragen. Seit dem Ende des 19. Jahrhunderts verlegten die Zaren den Schwerpunkt auf eine Russifizierung der eroberten muslimischen Gebiete. In Russisch-Turkestan (Mittelasien) kam es seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts bis 1915 zu 13 Massenunruhen.

1789 hatte Katharina II. die Erlaubnis erteilt, in Ufa für die Muslime im Wolga-Ural-Gebiet und in Sibirien ein religiöses Zentrum zu schaffen. Die religiösen Angelegenheiten für Turkestan wurden hingegen durch das Innenministerium in St. Petersburg verwaltet, das auch die Muftis einsetzte. Der Panslawismus im 19. Jahrhundert bekam ein Gegenstück im Pantürkismus, der für eine Einheit aller Turkvölker vom Mittelmeer bis nach China eintrat. Kasan, Orenburg, Troizk und Astrachan waren zu Beginn des 20. Jahrhunderts islamisch-tatarische Kulturzentren⁴.

In der Politik zeichnete sich eine Aufspaltung innerhalb der Muslime ab. Die „Ittifak“ (Einheit) war eine liberale Partei (entsprach etwa den russischen „Kadetten“), die „Tschantschylar“ stand hingegen den Sozialrevolutionären nahe. Auf dem Muslim-Kongreß 1905/06 in Nischny-Nowgorod und St. Petersburg wurden die Unterschiede deutlich. Der Kongreß forderte politische Gleichstellung, religiöse und kulturelle Freiheit. Nicht vergessen werden darf auch der „Dschadidismus“, eine modernisierende Richtung, deren Einfluß bis ins Osmanische Reich und bis Indien ausstrahlte. Sie versuchte, den Islam mit moderner Wissenschaft und Technik zu verbinden.

Der erste gesamtrussische Kongreß der Muslime am 1. Mai 1917 forderte u. a. die religiöse Selbstbestimmung und die rechtliche Gleichstellung der Frau. Dieser Kongreß in Kasan folgte der linken Reformrichtung, tendierte zu den Bolschewiki. In Turkestan wurde die Oktoberrevolution begrüßt. Der Rat der Volkskommissare wandte sich am 3. Dezember 1917 mit einem Aufruf „An die Muslime Rußlands und des Ostens“, in dem es hieß: „Verliert keine Zeit und schüttelt von euren Schultern die hundertjährigen Räuber eurer Länder ab. Überlaßt ihnen nicht mehr die heimatliche Erde zur Plünderung. Ihr müßt selber Herren eurer Länder werden.“

Die sowjetische Nationalitäten- und Religionspolitik

Die Politik der Sowjetmacht gegenüber den muslimischen Völkerschaften läßt sich ebensowenig in einer geraden Linie beschreiben wie das Verhalten von Vertretern der einzelnen politischen Richtungen der Muslime. Der linke Flügel muslimischer Reformen hielt zwar am Pantürkismus und dem Dschadidismus fest, arbeitete jedoch mit den Bolschewiki zusammen. So forderten muslimische Bol-

schewiki in der Bürgerkriegszeit eine unabhängige muslimische KP, eine Art Brücke zwischen Sozialismus und Islam.

Auf dem muslimischen Kongreß 1917 in Moskau wurde der Vorschlag abgelehnt, Tataren und Baschkiren zu einem Staat zu vereinigen. Gleichfalls abgelehnt wurde der Vorschlag, einen baschkirischen Staat zu schaffen. Die Baschkiren sind Muslime und eng mit den Wolga-Tataren verwandt. Im Kampf um eine baschkirische Autonomie entstand unter einem Kosaken-Ataman eine antibolschewistische Bewegung; konservative muslimische Politiker unterstützten sie.

Die Sowjetmacht, die einst die Befreiung vom russischen Joch proklamiert hatte, unterwarf nacheinander alle nationalen Bewegungen und Regierungen. Die Anklage „nationalistische Abweichung“ tauchte auf und wurde in den dreißiger Jahren zum Todesurteil für die Angeschuldigten. Nach der Verkündung des Sowjetpatriotismus (= russischer Patriotismus) und der Umschreibung der Geschichte waren die Tataren auch wieder Nachfahren der Erbfeinde aus der Steppe. Turkestan wurde in mehrere Republiken zerstückelt, das kyrillische Alphabet wurde eingeführt.

Der Kampf gegen den Islam stand anfangs ganz im Hintergrund. Zu schwach war damals die Position der neuen Machthaber in den muslimischen Gebieten. Auch gab es geradezu groteske Kompromisse und Diskussionen. Da wurde die Frage gestellt, ob Lenin nicht als Prophet anzusehen sei. In den zwanziger Jahren kam es zu einer Aufspaltung in die Anhänger der „Alten Moschee“ und der „Neuen Moschee“; ein ähnlicher Prozeß spaltete in Rußland die „Neuerer“ von der Russisch-Orthodoxen Kirche ab. Noch lange verließen die gläubigen Kommunisten Parteiversammlungen zur Gebetszeit.

Die Allrussische Konferenz der muslimischen Geistlichkeit im Oktober 1926 in Ufa erklärte in einem Telegramm an die Führung von Staat und Partei: „Die Konferenz drückt im Namen aller Muslime der Sowjetmacht ihren Dank und ihre Ergebenheit aus; diese hat die geknechteten Völker des Ostens verteidigt, und (die Konferenz) verspricht, die Sowjetmacht bei ihren Maßnahmen zur Festigung der Errungenschaften der Revolution zu unterstützen.“

Die einzelnen Etappen der 1927 beginnenden Verfolgung des Islam können nur skizziert werden. Die Gotteshäuser und die Koranschulen wurden geschlossen. 1914 soll es im Zarenreich 26 273 Moscheen und Gebetsräume der Muslime gegeben haben, 1942 zählte man nur noch 1312 Moscheen. Dann folgte kriegsbedingt die Wende in der Religionspolitik. Abdul Rachman Rasulajew in Ufa wurde „Haupt des Zentralrats der islamischen Religionszentren in der UdSSR“. Im Volk hieß er der „Rote Mufti“ oder der „Sowjet-Mufti“. Danach wurden drei weitere Muftiate geschaffen: In Taschkent (Usbekistan), in Baku (Aserbaidschan), in Bui-naksk (Dagestan). Die Jurisdiktion des Muftis von Ufa wurde auf das Gebiet Wolga/Ural, Sibirien und die Diaspora in den russischen Städten beschränkt.

Die von Moskau eingesetzten Muftis beteiligten sich an der Auslandspropa-

ganda, verkündeten im Ausland die Religionsfreiheit der UdSSR, vertraten die sowjetische „Friedenspolitik“. Als „Gegengabe“ wurden einige Moscheen und Koranschulen zugelassen. 1947 gab es rund 3000 Moscheen, seit 1948/49 zwei Koranschulen. Die Vierteljahreszeitschrift „Die Muslime des sowjetischen Ostens“ erschien in usbekischer, arabischer, englischer, französischer und persischer Sprache. Sie war ein Organ der Auslandspropaganda.

„Handverlesene“ muslimische Würdenträger durften jedes Jahr nach Mekka pilgern. Nicht eingegangen werden kann hier auf die Verschleppung von fünf Moslemvölkern, die Stalin befohlen hatte. Zwar wurden zur Zeit Chruschtschows die Verbannungsurteile aufgehoben, doch sind die Wunden bis heute nicht verheilt. So ist bis heute das Problem der Rückkehr der Krim-Tataren nicht gelöst.

Noch vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs stellten die Behörden fest, daß es in den muslimischen Gebieten eine große Anzahl von nichtregistrierten (also illegalen) Moscheen und Gebetsräumen gab. Im Islam gibt es keine „geweihte“ Geistlichkeit. „Nichtoffizielle Mullahs“ durchzogen das Land. Grabstätten von als Heiligen Verehrten wurden zu Wallfahrtsorten.

Die von Chruschtschow eingeleitete neue Welle der Religionsverfolgung traf natürlich auch die Muslime. 1976/77 soll es in der Sowjetunion noch 300 geöffnete Moscheen gegeben haben, davon 146 in Mittelasien. 1983 wurden in Taschkent 13 Personen wegen Druck und Verbreitung muslimischer Literatur verurteilt; einer der Verurteilten erhielt sieben Jahre, ein anderer vier Jahre Lagerhaft zudiktiert. Wahrscheinlich waren es Anhänger des „wahren (oder reinen) Islam“, die eine Rückkehr zu den Glaubenslehren der Zeit Mohammeds forderten und modernistische Neuerungen ablehnten. Orden und Bruderschaften hatten sich im Untergrund gebildet, die weder mit dem inoffiziellen noch dem offiziellen Islam gleichgesetzt werden können.

Die Sowjetmacht hat immer darum gekämpft, einen „neuen Menschen“, den „Sowjetmenschen“, hervorzubringen. Dies war auch ein immer wieder propagiertes Ziel Chruschtschows. H. Carrère d'Encausse⁵ hat sich mit der Frage befaßt, ob der „Homo sovieticus“ an die Stelle des „Homo islamicus“ getreten ist. Sie führt mehrere Gründe an, warum dies nicht gelungen ist: die Weigerung, außerhalb der eigenen Gruppe zu heiraten, der Zusammenhalt der Gruppe durch die Lebensweise, die Beibehaltung von Gebräuchen und Festen mit religiösem Ursprung sowie die Beibehaltung traditioneller Autoritäten und Strukturen. Sie kommt zu dem Ergebnis, daß „Homo sovieticus“ und „Homo islamicus“ nebeneinander bestehen.

Die antireligiöse Propaganda behauptete, der Islam sei in der Sowjetunion im Absterben. Nach dem Einsatz sowjetischer Truppen in Afghanistan (seit Dezember 1979) breitete sich dann die Angst vor einem erstarkten Islam aus. „Das Echo des afghanischen Krieges“ war der Titel eines Artikels in den „Moskowskie no-

wosti“ (31/90). Der Verfasser kam darin zu dem Schluß: „Unter einem strengen Einparteiensystem zeichneten sich deutlich die Spuren einer zweiten Kraft ab – des Islam, der ebenfalls die Macht beanspruchte.“ Er sagte zutreffend eine Entwicklung voraus, wie sie im Zerfallsprozeß der Sowjetunion in Mittelasien eintrat: „Die Partokratie ist fähig zu Mimikri, eine Abänderung der Losungen auf national-islamische hin ist möglich.“

Die Kehrtwendung

Die einzige ganz konkrete Äußerung Gorbatschows gegen eine Religionsgemeinschaft war eine programmatische Rede am 24. November 1986 in Taschkent, einem Zentrum des Islam in der Sowjetunion. Zu diesem Zeitpunkt war die Verfolgung und Drangsalierung der Religionsgemeinschaften noch nicht beendet. Mit Sorge hatte die sowjetische Führung die unkontrollierte Entwicklung des „Schattenislam“, die aus dem Iran nach Mittelasien ausgestrahlten religiösen Rundfunksendungen und das Verhalten der eigenen Funktionäre beobachtet. Gorbatschow rügte in seiner Rede scharf, daß Funktionäre und Kommunisten sich an religiösen Zeremonien beteiligten und forderte einen „entschiedenen und kompromißlosen Kampf gegen alle religiösen Erscheinungsformen, eine Verstärkung der politischen Massenaufklärung und der Atheismuspropaganda“.

Ende 1987 wurde die Verfolgung der Religionsgemeinschaften in der Sowjetunion eingestellt. Zuerst profitierte davon die Russisch-Orthodoxe Kirche des Moskauer Patriarchats; seit 1988 erstreckte sich die Liberalisierung im religiösen Bereich auch auf den Islam. Gleichzeitig setzte der Zerfallsprozeß der Sowjetunion ein. Im Lauf des Jahres 1990 hatten alle Sowjetrepubliken ihre Souveränität proklamiert. Damals bedeutete dies, man wolle nicht mehr von Moskau aus kommandiert werden.

Als sich am 4. Januar 1989 Ayatollah Amoll, Sonderbotschafter Chomeinis, in Moskau mit Gorbatschow traf, berichteten die sowjetischen Medien hierüber. Jedoch verschwiegen sie das Schreiben Chomeinis an Gorbatschow. Darin stand: „Das Hauptproblem ihres Landes ist weder Eigentum noch Wirtschaft noch Freiheit, es ist vielmehr ein Problem des mangelnden Glaubens an Gott, dasselbe Problem, das den Westen in die Banalität und in eine Sackgasse getrieben hat oder noch treiben wird.“

Zwei Jahre später konnte man im ehemaligen „Kommunist“, der sich nun „Freier Gedanke“ (14/91) nannte, einen Artikel von M. Aripow lesen: „Der Islam und die Weltzivilisation“. Es war ein Hoheslied auf Geschichte und Kultur des Islam: „Dieser Beitrag der Völker, die sich zum Islam bekennen, trägt zweifellos dazu bei, daß unser Land erneut einen würdigen Platz in der Weltgemeinschaft erringt.“ Das war noch vor dem Staatsstreich 1991 geschrieben. Als die Sowjet-

union zerfallen war, urteilte W. Wyschutowitsch in der „Iswestija“ (5. 10. 1991), daß der Kampf in den mittelasiatischen Republiken kein religiöser, sondern ein politischer sei. Der Artikel trug die Überschrift: „Das rote Banner des Kommunismus oder das grüne Banner des Islam.“

Die unabhängigen Republiken

Dieser Artikel befaßt sich mit dem Islam in der Russischen Föderation. Wollte man einen Überblick über das Gebiet der früheren Sowjetunion geben, so müßte man jede der sechs „muslimischen“ Republiken gesondert behandeln. Da jedoch nach wie vor Kontakte zwischen den Muslimen dieser Republiken mit jenen in der Russischen Föderation bestehen, sollen einige zusammenfassende Feststellungen und einige Mosaiksteinchen aus den Jahren 1995 und 1996 das Umfeld erhellen.

In allen „muslimischen“ Republiken haben sich die neuen Machthaber, die aus der alten Nomenklatura oder den alten Clans hervorgegangen sind, um eine Unterstützung durch die Muslime bemüht. So hat Präsident Karimow von Usbekistan auf den Koran geschworen – früher war er KP-Funktionär. Zumeist haben sie dabei Unterstützung beim „offiziellen Islam“ gesucht, also jenem, der in der Sowjetzeit etabliert worden war. Wenn das nicht funktionierte, so haben sie teilweise alte Würdenträger abgesetzt, teilweise muslimische Gruppierungen verfolgt. Im Art. 7 des usbekischen Religionsgesetzes heißt es, daß die „Schaffung und Betätigung irgendeiner Partei religiösen Charakters sowie von Filialen, Abteilungen und Zweigstellen religiöser Parteien, die außerhalb der Republik gegründet worden sind“, unzulässig ist.

Stichwortartig einige der wichtigsten Veränderungen: 1. Mehrere muslimische Würdenträger wurden abgesetzt. Oft ist nicht klar, ob man die Geistlichen der alten Zeit loswerden wollte, weil sie zur Sowjetzeit in Amt und Würden gekommen waren oder weil sie nicht in das Konzept der neuen Machthaber paßten. 2. Auf Grund des Zerfalls der Sowjetunion war auch die Aufteilung in vier Muftiate (Direktorate) überholt. Neue Muftiate wurden gegründet, so in Alma-Ata. 3. Zahlreiche Moscheen wurden restauriert oder neu gebaut, Medressen (Koranschulen), kulturelle Zentren gegründet. Der Koran wurde gedruckt, muslimische Feiertage wurden eingeführt, muslimische Medien ins Leben gerufen. 4. Neben dem „Schattenislam“ beunruhigten fundamentalistische Gruppierungen die Geistlichkeit des offiziellen Islam. 5. Mehrere Parteien des Islam entstanden, die sowohl von den jeweiligen Machhabern wie von religiösen Würdenträgern bekämpft wurden. Bemerkenswert ist bei dieser Aufzählung, daß alle erwähnten Veränderungen nicht erst nach der Verkündung der Religionsgesetze oder nach der Erringung der Unabhängigkeit begonnen haben, sondern durchweg seit 1988 festzustellen sind.

Es folgen einige Kurzmeldungen, die stichwortartig die derzeitige Situation in den asiatischen Republiken der einstigen Sowjetunion charakterisieren: Im April 1995 besetzten Hunderte Muslime die Moschee in Kokand (Usbekistan). Sie protestierten damit gegen die Verhaftung religiöser Würdenträger, denen illegaler Waffen- und Drogenbesitz vorgeworfen worden war. Die für den Mai angesetzte Gerichtsverhandlung wurde vertagt. Dem Hauptangeklagten Muchammad Radshab, Oberimam der Hauptmoschee in Kokand, drohen 15 Jahre Haft.

Im Mai 1995 besuchte – auf Einladung des Präsidenten von Tadschikistan – das Oberhaupt der Ismaeliten, Prinz Aga Khan, Duschanbe, die Hauptstadt der Republik. Im Mai 1995 unterzeichnete der Präsident Usbekistans, Karimow, ein Abkommen über die Gründung eines „Internationalen Zentrums für Islamische Studien“ in Taschkent.

Seit August 1995 sollen alle Muslime der Republik Turkmenistan ein längeres Gebet auswendig lernen, das in seinen ersten Sätzen Allahs Segen für Präsident Nijasow – den „Turkmenbaschi“ – erfleht. Im Dezember 1995 wurde Kasachstan als 52. Mitglied in die Islamische Konferenz aufgenommen. Kirgisien, Turkmenistan, Tadschikistan und Aserbaidshan waren schon früher dieser Organisation beigetreten.

Im Januar 1996 warnte der Präsident Kasachstans vor einer Ausbreitung des islamischen Fundamentalismus in den mittelasiatischen Republiken. Er wies dabei insbesondere auf Tadschikistan hin. Im Januar 1996 wurde das geistliche Oberhaupt der Muslime in Tadschikistan, Mufti Fatchulla Scharifsoda, zusammen mit Frau, Sohn und Schwiegertochter ermordet. Der 1993 ernannte Mufti hatte in dem 1992 ausgebrochenen Bürgerkrieg den kommunistischen Präsidenten unterstützt im Kampf gegen eine Allianz aus Demokraten und Muslimen. Letztere werden durchweg als Fundamentalisten bezeichnet, die von Afghanistan aus unterstützt werden. Man vermutet einen politischen Mord der Fundamentalisten. In Mai 1996 meldete das russische Fernsehen, daß in Tadschikistan die islamische Opposition den Rayon Tawilldara in der Pamir-Region kontrolliere. Die Regierungstruppen haben das Rayonzentrum verlassen.

Der Zerfall der religiösen Leitungsorgane

Der folgende Text befaßt sich nur mit den Muslimen in der Russischen Föderation. Seit 1988 löste sich die in der Sowjetzeit geschaffene Struktur der religiösen Leitungsorgane auf. Es war ein chaotischer Prozeß, begleitet von vielen Rivalitäten. Es entstanden regionale religiöse Leitungsorgane, die zwar vor Ort die Position des Islam stärkten, jedoch erst in den letzten Jahren um eine gemeinsame Vertretung der Interessen der Glaubensgemeinschaft in der Russischen Föderation bemüht sind. Die überwältigende Mehrheit der Muslime in Rußland ist sunnitisch.

Die religiöse Struktur gliederte sich in die Gemeinden, die von einem Mullah oder dem Imam einer Moschee (Imam-Chatib) geleitet wurden, in territoriale Verwaltungseinheiten (Muchtasibad genannt) mit einem Muchtasib an der Spitze und die Geistliche Leitung (in der Sowjetzeit „Direktorat“ genannt) mit einem Mufti. Diese Geistliche Leitung vertrat die Muslime gegenüber den staatlichen Behörden. In der Mitte der achtziger Jahre gab es auf dem Gebiet der Russischen Föderation zwei Geistliche Leitungen der Muslime (Abkürzung DUM): Die Geistliche Leitung der Muslime im europäischen Teil und in Sibirien mit dem Zentrum in Ufa (DUMES) und die Geistliche Leitung der Muslime des Nordkaukasus und Dagestans (DUMSK) mit dem Zentrum Machatschkala in Dagestan. Für die Kontakte mit dem Ausland war die Abteilung für die internationalen Beziehungen der muslimischen Organisationen der UdSSR in Moskau zuständig. An ihrer Spitze stand Mitte der achtziger Jahre Mufti Sch. Babachanow von Taschkent (Usbekistan). Mufti Babachanow mußte wie einige andere muslimische Würdenträger der Sowjetzeit gehen; an seine Stelle trat der Mufti von Ufa, T. Tadschuddin.

Ende der achtziger/Anfang der neunziger Jahre splitterte sich der gesamte Unterbau dieser beiden Geistlichen Leitungen auf. Der wirre Verlauf dieser Entwicklung kann hier nicht in seinen Einzelheiten geschildert werden. Wir müssen die zahlreichen Streitereien, Vorwürfe, Absetzungen und Neueinsetzungen geistlicher Würdenträger übergehen. Die Vorwürfe bei den verschiedenen Absetzungen waren einander ähnlich: Hörigkeit gegenüber der Sowjetmacht und unmoralischer Lebenswandel, Geldgeschäfte usw.

Der Zerfall begann im Nordkaukasus 1989. Dagestan drückte seine Selbständigkeit durch die Umbenennung in „Geistliche Leitung der Muslime Dagestans“ (DUMD) aus. Gleichzeitig entstanden Geistliche Leitungen (DUM) in Kabardino-Balkarien, Nordossetien, Karatschajewo-Tscherkessien und Tschetscheno-Inguschetien. Die beiden letzteren splitterten sich weiter auf; es entstand ein eigenes Imamat Karatschaj. 1991 bildeten sich ein Muftiat der Republik Inguschetien und eine DUM der tschetschenischen Republik. Letztere verwandelte sich in ein Muftiat; jedoch entstand – im Zusammenhang mit den politischen Ereignissen – dort ein zweites Muftiat, das von Dudajew gestützt wurde.

Die DUMES für den europäischen Teil und Sibirien verlor seit dem Ende der achtziger Jahre immer mehr ihren Einfluß. Seit 1992 bildeten sich eigene Geistliche Leitungen. 1994 verwandelte sich die DUMES in die „Zentrale geistliche Leitung der Muslime Rußlands und der europäischen Länder des Bundes der Unabhängigen Staaten“ (ZDUM). Zur Zeit gibt es eine DUM Tatarstans, eine DUM Baschkortostans, eine DUM Sibiriens mit zwei praktisch selbständigen Muchtasibs, eine DUM des Wolgagebiets, eine weitere DUM für das mittlere Wolgagebiet (Saratow), schließlich die DUM der zentraleuropäischen Region Rußlands mit Sitz in Moskau (DUMZER).

Nach Angaben von Tatjana Miloslawskaja⁶ bildeten sich so mehr als zehn religiöse Verwaltungseinheiten im Nordkaukasus und sechs im europäischen Rußland. Nach Angaben der „Moskowskie nowosti (75/95) gab es Ende 1995 in der Russischen Föderation rund 3000 registrierte Gemeinden, davon etwa 2200 mit eigener Moschee und einem Mullah. An anderer Stelle finden sich sehr viel höhere Angaben, die nicht überprüfbar sind. Oft wird nicht angegeben, ob es sich um registrierte oder nichtregistrierte Gemeinden handelt. Bei der Machtrangelei zwischen den neuen Verwaltungseinheiten wurde gern die große Zahl der Gemeinden im eigenen Bereich als Argument benutzt.

Alle religiösen Verwaltungseinheiten veröffentlichen Printmedien. Regelmäßig erscheint die Zeitung der DUMZER „Islam minbare“. Alle verfügen über religiöse Bildungsstätten wie etwa Koranschulen. Alle bemühen sich um Unterstützung ihrer religiösen Interessen. Als sich in Kasan die Rückgabe einer einstigen Koranschule verzögerte, besetzten erzürnte Muslime das Gebäude. Alle beklagen sich darüber, daß der Islam gegenüber der Russisch-Orthodoxen Kirche zurückgesetzt wird. So schreibt F. Asadullin in den „Moskowskie nowosti“ (13/96): „Leider hat sich in jüngster Zeit vieles verschlechtert. Die Behörden haben eine protektionistische Politik gegenüber dem Christentum begonnen. Das Ergebnis ist, daß gerade diese Religion sich unter dem besonderen Schutz des Staates befindet. Die Gleichheit der Religionen vor dem Gesetz ist jedoch ein Grundstein der Demokratie.“

Einigungsversuche der religiösen Leitungsorgane

Im Vorfeld der Dumawahlen 1995 und der Präsidentenwahl 1996 wurden angestrengte Bemühungen unternommen, um sowohl im religiösen wie im politischen Bereich einen Zusammenschluß der Muslime zu erreichen. S. Iwanenko stellte in den „Moskowskie nowosti“ (75/95) fest: „Solange die russischen Muslime nicht wenigstens eine relative Einheit zustande bringen, können sie nicht mit einer – nach Anzahl und wirtschaftlichem Einfluß – adäquaten Vertretung bei den föderalen Organen der Staatsmacht rechnen.“

Nach Einschätzung von Iwanenko gab es Anfang November 1995 drei muslimische Zentren, die um die Hauptrolle miteinander rangen. An erster Stelle nennt er die Zentrale Geistliche Leitung in Ufa mit Scheich T. Tadschuddin an der Spitze. Sie nimmt für sich in Anspruch, von 1899 Gemeinden gestützt zu werden; die Gegner behaupten, es seien nur 84. In Ufa gibt es jedoch auch die Geistliche Leitung der Muslime Baschkiriens, deren Anhänger mehrfach versucht haben, die Residenz Tadschuddins zu besetzen. An zweiter Stelle nennt Iwanenko das „Oberste Koordinationszentrum der Geistlichen Leitungen der Muslime Rußland“ in Kasan (WKZ). Seine Leiter behaupten, von 1413 Gemeinden gestützt zu werden. Die

Gegner behaupten, WKZ würde nur von Saudi-Arabien unterstützt. Der dritte Anwärter auf die Hauptrolle ist die „Geistliche Leitung der Muslime des zentral-europäischen Bereichs Rußlands“ in Moskau unter Scheich R. Gajnutdin. Seine Gegner behaupten, daß er nur von einem Dutzend Gemeinden gestützt werde.

R. Gajnutdin machte im Januar 1996 unter dem Titel „Erfüllen wir das Vermächtnis des Propheten“⁷ den Vorschlag, ein Koordinationszentrum der Muslime zu schaffen. Es könne sich „Oberster muslimischer Rat“ oder „Rat der Muf-tis“ nennen. Die einzelnen Geistlichen Leitungen sollten in diesem Rat gleichbe-rechtigt sein. Im März 1996 kamen Vertreter der Geistlichen Leitungen aus der Zentraleuropäischen Region Rußlands, aus Tatarstan, dem Wolgagebiet, aus Sibi-rien und Vertreter anderer muslimischer Vereinigungen nach Moskau.

Am 1. Juli 1996 meldete ITAR-TASS, daß die muslimischen Würdenträger in Moskau einen „Rat der russischen Muslime“ ins Leben gerufen hätten. R. Gaj-nutdin äußerte hierzu, daß dieses Organ vom Gleichheitsprinzip ausgeht und dazu aufgerufen ist, „den staatlichen Behörden Fragen über das religiöse Leben und den Schutz der Verfassungsrechte von russischen Muslimen zu stellen“. Die muslimische Gemeinschaft umfasse etwa 20 Millionen Menschen, die in beinahe 20 Geistliche Einheiten zusammengefaßt seien, „von denen die Hälfte den Rat unterstützt“.

Muslimische Kulturzentren und Parteien

Die muslimischen Kulturzentren und Parteien in der Russischen Föderation ha-ben durchweg ein verschwommenes Programm, eine brüchige Organisation und werden – ebenso wie die anderen Parteien – immer wieder von Aufspaltungen be-droht. Am Anfang steht das im Juni 1988 in der Tatarischen Autonomen Sowjet-republik gegründete „Tatarische Gesellschaftliche Zentrum“. Es forderte Demo-kritisierung, wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit. 1990 entstand die Ta-tarische Partei der nationalen Unabhängigkeit „Ittifak“, deren Vorsitzende die praktizierende Muslimin F. Bairamowa war.

Im Herbst 1990 wurde in Moskau das „Islamische Kulturzentrum“ gegründet. 1993 wurde es umregistriert als „allrussische Organisation“. 1994 hatte es 82 Filia-len im In- und Ausland (IKZ). Ehrevorsitzender Präsident ist der Botschafter Saudi-Arabiens. Als das Zentrum 1994 gewaltig ausgeweitet werden sollte (Mo-schee, Koranschule, medizinisches Zentrum, Geschäfte usw.), kam es zu Protest-aktionen der Umwohner. Das Projekt blieb liegen. Ferner gab es Konflikte mit der muslimischen Geistlichkeit in mehreren Regionen Rußlands; es wurde der Vorwurf erhoben, man schaffe eine parallele Struktur zu der der Gemeinden und spalte die Einheit der Muslime. Hinzu kamen die allgemein üblichen Vorwürfe wegen der Verwendung von Spenden.

Die erste bedeutende politische Organisation der Muslime war die im Juni 1990 in Astrachan gegründete „Islamische Partei der Wiedergeburt“ (IPW). Sie schuf unionsweit Organisationen, die sich in den verschiedenen Republiken selbstständigten. So ist ihre Zielsetzung verschwommen. Nach ihrem Programm lehnte sie den Nationalismus ab, bekämpfte den „offiziellen“ Islam der Sowjetzeit, lehnte aber auch modernistische Strömungen ab. Als Feinde des Islam wurden Kommunisten, Materialisten und Demokraten aller Art bezeichnet. Die Geistlichkeit wandte sich gegen die IPW, die Machthaber in den selbständig gewordenen Republiken bekämpfen oder drangsalierten sie.

Der Leiter des Zentrums der IPW „Tawhid“, G. Dschemal, erklärte öffentlich, er sei ein „Fundamentalist“. Seit 1994 zerfiel diese Partei, die versucht hatte, Religion und Politik miteinander zu verbinden. Dschemal blieb in der Politik, wurde der offizielle Vertreter der internationalen Organisation der Schiiten, trat im Fernsehen auf, schrieb für die reaktionäre Zeitung „Djen“ usw. Warum Mufti Tadschuddin ihn unterstützt, ist unbekannt. Offiziell ist Dschemal Leiter des „Islamischen Komitees“. Dschemal vertritt das sogenannte „Islamische Projekt“, das auf Vorstellungen des Ayatollah Chomeini beruht. Als Endziel schwebt Dschemal ein islamischer Weltstaat vor. Als Haupthindernis stehen diesem Ziel die USA im Weg. Von seiten der russischen Nationalchauvinisten – wie A. Prochanow oder der verstorbene Metropolit Ioann – wird eine Annäherung oder sogar Zusammenarbeit mit muslimischen Fundamentalisten gewünscht.

Im Vorfeld der Wahlen hat auch der zweite Kongreß der „Islamischen Demokratischen Partei“ im April 1995 in Moskau stattgefunden. Die Partei wurde 1991 gegründet, zählt aber nur einige hundert Mitglieder. Ziele der Partei sind: Gewährleistung der politischen Rechte und der Sicherheit der Bürger sowie eine effektive Marktwirtschaft und ein Rechtsstaat. Weiter hat man von dieser Mini-Partei nichts mehr gehört.

Das Ziel: Mitspracherecht in der Politik

Am 1. September 1995 fand in Moskau der Gründungskongreß des „Bundes der Muslime Rußlands“ statt. Er stand zu Beginn unter dem Eindruck einer Erklärung von Patriarch Alexej II., der sich negativ über die Gründung einer muslimischen Organisation und ihre Teilnahme an der Wahl geäußert hatte. Mufti R. Gajnutdin erklärte, die religiösen Leitungszentren würden sich nicht am Wahlkampf beteiligen. Im Mai 1996 reagierte er jedoch so: „Als Patriarch Alexej II. darüber gesprochen hat, daß heute dank der Machtverhältnisse eine wahre Christianisierung Rußlands möglich sei, fügen wir, die muslimische Geistlichkeit, im Namen von 20 Millionen Muslimen stolz hinzu: auch eine wahre Islamisierung.“⁸

Einmal ging es auf diesem Treffen um die Frage, ob dieser Bund eine religiöse oder eine weltliche politische Organisation sein sollte. Der Organisator des Treffens, A. Chalitow, war Mitglied der Partei Schirinowskis. Die Delegierten veranlaßten ihn zum Austritt aus dieser Partei. Es wurde erklärt, daß der Bund eine weltliche, keine fundamentalistische und keine antirussische Partei sein werde. Er wolle die Interessen der in Rußland benachteiligten Muslime vertreten. Zum Generalsekretär wurde M. Bibarsow gewählt, Vorsitzender der Geistlichen Leitung der Muslime des Wolgagebiets. Auf die Kandidatenliste für die Dumawahl wurde er jedoch nicht gesetzt.

An der Dumawahl 1995 wollten sich zwei muslimische Bewegungen beteiligen: Der „Bund der Muslime Rußlands“ und die Bewegung „Nur“ (das Licht). Sie ist in 47 Regionen vertreten. Ihr Programm ähnelt dem des Bundes, ist aber eindeutiger mit seiner Forderung nach Gleichberechtigung der Muslime. Der Parteivorsitzende von „Nur“, Ch. Jachin, ist interessanterweise Mitarbeiter des Dumaabgeordneten A. Mitrofanow von der Schirinowski-Partei. Mufti R. Gajnutdin soll die Gründung beider Bewegungen als schädliche Politisierung des Islam verurteilt haben. Der „Bund der Muslime Rußlands“ konnte die für die Zulassung zur Wahl geforderte Anzahl von Unterschriften nicht zusammenbekommen, „Nur“ erhielt ungefähr ein halbes Prozent der abgegebenen Stimmen.

Es sind jedoch einige Muslime in die Duma gewählt worden. Im Mai 1996 machten sieben muslimische Dumaabgeordnete eine Wallfahrt nach Mekka. M. Bibarsow gab in einem Interview nach der Dumawahl zu, daß offensichtlich „nicht wenige“ Muslime für die Kommunisten gestimmt hätten. In diesem Interview trat er für Gespräche zwischen den muslimischen Massenorganisationen ein, sprach von einer Koalition⁹. Kurz darauf legte er jedoch sein Amt als Generalsekretär des „Bundes der Muslime Rußlands“ nieder und erklärte, die Leiter der Organisation seien nur an wirtschaftlichen Dingen interessiert, aber nicht an den Interessen der muslimischen Gemeinschaft.

Nachdem die Dumawahlen nicht das erhoffte Ergebnis erbracht hatten und nun die Wahl des Präsidenten bevorstand, folgte der nächste Versuch, eine gesellschaftspolitische Organisation der Muslime Rußlands zu schaffen. Am 13. und 14. April. 1996 wurde in Saratow die Bewegung „Muslime Rußlands“ ins Leben gerufen. Auf dem Gründungskongreß wurde bereits der genannte Imam M. Bibarsow vom Vorsitzenden gewählt. Auffallend war, daß mehrere Parteien und mehrere Dumaabgeordnete als Gäste am Kongreß teilnahmen. Ministerpräsident Tschernomyrdin schickte ein Grußwort. Unter den 72 Delegierten des Kongresses aus 39 Regionen Rußlands waren auffallend viele muslimische Geistliche. Zwar wurde nicht entschieden, daß man für Jelzin stimmen würde, doch war die Tendenz in diese Richtung eindeutig. Der Vorsitzende Bibarsow wies auf den Krieg in Tschetschenien hin als einziges Argument gegen Jelzin.

Vier Hauptforderungen wurden aufgestellt: 1. Auf allen Verwaltungsebenen, in

sämtlichen Staatsorganen müßten die Muslime proportional vertreten sein, ebenso in den Massenmedien. 2. Die nationalterritorialen Einheiten dürften nicht aufgelöst werden. 3. Rußland dürfe nicht in eine orthodoxe Großmacht verwandelt werden. 4. In Gebieten mit hohem muslimischem Bevölkerungsanteil müßten neben den orthodoxen Feiertagen auch die muslimischen als offizielle Feiertage anerkannt werden.

Bei den „Muslimen Rußlands“ ist in den Leitungsgremien nur ein Geistlicher vertreten, Imam Bibarsow. Doch soll als Kollegialorgan ein Rat von Muftis geschaffen werden. Diesen Vorschlag lehnte allerdings Mufti T. Tadschuddin ab. Die „Muslime Rußlands“ haben ebenso wie das Islamische Kulturzentrum zweifellos einen Beitrag zur Wahl Jelzins geleistet. Die Spannungen zwischen den Geistlichen Verwaltungen und den politischen Bewegungen sind jedoch ebenso wenig überwunden wie die Interessenkonflikte zwischen den Muslimen der verschiedenen Regionen der Russischen Föderation. Von einer Einheit der Muslime in Rußland kann man nicht sprechen.

ANMERKUNGEN

¹ Moskovskie nowosti 35/95. ² Stimme Rußlands 2. 6. 1996 (dt.).

³ A. P. Khoury, Religion u. Politik im Islam, in: Aus Pol. u. Zeitgesch. B 22/90.

⁴ E. Stolting, Eine Weltmacht zerbricht. Nationalitäten u. Religionen d. UdSSR (Frankfurt 1990), Kap. 7–9.

⁵ H. Carrère d'Encausse, Risse im Roten Imperium (München 1979) 266 ff.

⁶ Rossija musulmanskij 3/96; die meisten vorhergehenden Angaben sind von diesem Beitrag übernommen.

⁷ Moskovskie nowosti 1/96. ⁸ Ebd. 18/96. ⁹ Ebd. 5/95.

Das Ms. wurde abgeschlossen im Juli 1996.